

NORDRHEIN-WESTFALEN

Drei für Rüttgers

Mit einem Paradigmenwechsel versuchen führende Köpfe der nordrhein-westfälischen CDU, einen Streit um das Erbe von Jürgen Rüttgers zu verhindern, der in der vergangenen Woche seinen Rückzug aus der Politik angekündigt hat. Rüttgers konzentrierte alle wichtigen Ämter auf sich, ist Noch-Regierungschef, Landes- und stellvertretender Bundesvorsitzender. Seine Kronprinzen – Integrationsminister Armin Laschet, Arbeitsminister Karl-Josef Laumann und Generalsekretär Andreas Krautscheid – sollen sich die Aufgaben teilen. „Wir brauchen sie alle und können uns keinen lähmenden Streit um Köpfe erlauben“, erklärt ein Vorstandsmitglied, das für die „charmanten Lösung: drei für Rüttgers“ wirbt. Damit es in der kommenden Woche nicht zu einer Kampfabstimmung zwischen Laschet und Laumann um das Amt des Fraktionsvorsitzenden kommt, soll der Sozialpolitiker den



Laumann, Rüttgers

Posten des stellvertretenden Vorsitzenden in der Bundespartei bekommen. Laumann ist bereits Vorsitzender der CDU-Arbeitnehmerschaft. Laschet könnte dann die Fraktion übernehmen. Krautscheid hatte bisher abgewinkt und konzentriert sich auf seine Aufgabe als CDU-Generalsekretär. Offen ist, ob er sich im Frühjahr kommenden Jahres um den Landesvorsitz bewirbt.



RÜSTUNG

Piloten ohne Hubschrauber

Weil sich die Lieferung des Transporthelikopters NH 90 aus technischen Gründen seit über einem Jahrzehnt verschiebt, werden viele der bisher 30 auf dem Hubschrauber ausgebildeten Bundeswehr-Piloten diesen gar nicht mehr fliegen. Ihre Dienstzeit ist bis dahin abgelaufen. Dies bestätigte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums, konnte aber zunächst keine konkreten Angaben dazu machen, wie viele der 30 Piloten davon betroffen sind. Er hob hervor, dass weiterhin sichergestellt sei, dass Piloten zur Verfügung stünden,



Transporthelikopter NH 90

ENTWICKLUNGSHILFE

Regierung streicht Klimaschutz-Zusagen

In den beiden kommenden Jahren wird Deutschland die finanziellen Zusagen vom Uno-Klimagipfel in Kopenhagen voraussichtlich nur durch Buchungstricks erfüllen. In den Etats der Ressorts Umwelt und Entwicklung sollen die für 2011 und 2012 vorgesehenen Gelder nicht bereitgestellt werden. Das ist das Ergebnis der Haushaltsverhandlungen der Bundesregierung. Im Dezember hatte Kanzlerin Angela Merkel noch Klimahilfen für die Entwicklungsländer in Höhe von 1,26 Milliarden Euro bis 2012 versprochen und so dazu beigetragen, dass der Gipfel nicht komplett scheiterte. Es handle sich um zusätzliches Geld, das bisher nicht für Entwicklungshilfe eingeplant sei, erklärte Merkel. Auch

die Minister Norbert Röttgen (Umwelt) und Dirk Niebel (Entwicklungshilfe) beteuerten, es werde frisches Geld fließen. Drei Monate später kam heraus, dass die Bundesregierung in Wahrheit nur noch 210 Millionen Euro an zusätzlichem Geld zahlen wollte. Der Rest sollte umgebucht und mit früheren Versprechen verrechnet werden (SPIEGEL 11/2010). Nun sollen, auf Druck von Finanzminister Wolfgang Schäuble und mit Merkels ausdrücklicher Billigung, auch noch die entsprechenden Haushaltstitel „Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern“ in Höhe von je 70 Millionen Euro für die kommenden zwei Jahre auf null gesetzt werden. Auf dem Papier wird die Kürzung ausgeglichen, indem Kredite für die armen Länder in voller Höhe als Entwicklungshilfe angerechnet werden und nicht – wie bisher – nur der Betrag, mit dem die Bundesregierung diese Kredite subventioniert.